



Das Paul-Löbe-Haus in Berlin

Was ist zu tun?

Die Bedeutung der Zivilgesellschaft wächst – zusammen mit ihren Herausforderungen. Doch engagierten Bürgerinnen und Bürgern wird das Leben oft unnötig schwer gemacht. Trägt die Politik der Entwicklung Rechnung? Und was empfehlen Experten? Die Aktive Bürgerschaft hat dazu drei Fragen:

1. Was steht für Sie ganz oben auf der engagementpolitischen Agenda in dieser Legislaturperiode?

2. Wie gedenken Sie die im Koalitionsvertrag angekündigte Entbürokratisierung im Engagementbereich konkret umzusetzen bzw. wie wäre sie zu erreichen?

3. Wie verstehen Sie die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben: Soll bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich staatlichem Handeln vorausgehen (subsidiärer Vorrang) oder staatliches Handeln ergänzen?

Drei Bundespolitiker und drei Wissenschaftler geben Antwort.

„Ehrenamtliche sind unverzichtbar“



Horst Seehofer, CSU

Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

1. Einer meiner gesellschaftspolitischen Schwerpunkte ist die nachhaltige Stärkung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement. Mein Haus erarbeitet deshalb ein Gesetz zur „Förderung von Ehrenamt und Bürgerschaftlichen Engagement“. Darin werden wir die wichtigsten Bereiche zentral regeln, notwendige Aktualisierungen formulieren, bürokratische Hindernisse abbauen, Unklarheiten korrigieren und mögliche Lücken füllen. Wir wollen einen rechtlichen Rahmen schaffen, der flächendeckend, verbindlich und nachhaltig Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement anerkennt und unterstützt. So wollen und werden wir den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders in ländlichen Regionen noch intensiver begleiten.

2. Wir wollen mit den neuen Regelungen eine größtmögliche Entbürokratisierung bestehender Vorschriften erreichen, etwa im Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht. Es geht darum, Vorschriften so weiterzuentwickeln, dass besonders kleinere Vereine und Organisationen entlastet werden. Dazu werden wir die enge Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und den anderen Ressorts suchen. Wir wollen den Menschen mehr Raum und Zeit für die eigentlichen Aktivitäten für unsere Gesellschaft und zur Stärkung unseres Zusammenhaltes geben.

3. Die Aufgaben, die im Rahmen der Zuwanderung seit 2015 an unser Land gestellt wurden, können wir ohne ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement nicht erfüllen. Wir brauchen deshalb nicht nur in Ausnahmesituationen, sondern jederzeit, dort, wo Gemeinschaft und Gesellschaft gelebt wird, eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Hier ist jeder gefragt: Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kirchen, Organisationen, Verbände und Vereine. Jeder von uns muss mit anpacken und für eine lebenswerte Gesellschaft sorgen, in der möglichst alle Menschen ihre Heimat finden. Der Staat wird hierfür immer nur einen Rahmen bieten können. Unser Land ist auf die Zusammenarbeit mit allen Teilen einer lebendigen und demokratischen Zivilgesellschaft angewiesen.



Franziska Giffey, SPD

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

1 | Priorität hat für mich die Engagementstiftung des Bundes, die wir bis Mitte nächsten Jahres ins Leben rufen wollen – sie soll eine beständige Brücke in die Zivilgesellschaft sein und sowohl Planungs- als auch Finanzierungssicherheit schaffen. Außerdem wird sie die Zivilgesellschaft in die Lage versetzen, über die Beteiligung in den Gremien konkret mitwirken zu können. Es geht nicht darum, eigene Leuchtturmprojekte zu finanzieren. Die Stiftung soll als Kooperationsstiftung die Zivilgesellschaft in ihren Strukturen nachhaltig stärken und speziell auch ihre digitalen Kompetenzen fördern. Ganz oben auf der Agenda steht aber auch die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste. Wir wollen BFD, FSJ, FÖJ und IJFD im nächsten Jahr auch für diejenigen öffnen, die aufgrund besonderer persönlicher Verhältnisse einen Vollzeit-Dienst nicht schaffen.

2 | Engagement geschieht freiwillig und kann nicht politisch verordnet werden, die Politik muss aber für die geeigneten Rahmenbedingungen sorgen – und, wo immer möglich, bürokratische Hürden aus dem Weg räumen. Mein Leitspruch lautet daher: Wir kümmern uns um die Kümmerer! Das sind wir den mehr als 30 Millionen Menschen schuldig, die sich in unserem Land freiwillig für eine gute Sache engagieren. Auch im Engagementbereich muss Bürokratie abgebaut werden. Ich werde mich dafür in der Zusammenarbeit mit den betreffenden Ministerien stark machen.

3 | Das Grundgesetz gibt klar vor, welche Aufgaben der Staat und seine Institutionen zu erfüllen haben. Engagement ist hingegen eigenständig, selbstmotiviert, freiwillig – und das muss es auch bleiben. Es kann staatliches Handeln zwar ergänzen. Aber es darf niemals zum Lückenbüßer staatlichen Handelns werden. Denn das wird all jenen, die sich freiwillig engagieren, nicht gerecht. Sie gestalten die Zukunft mit und übernehmen Verantwortung. Für sich, für andere, für die Gesellschaft.



Alexander Hoffmann, CDU

MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag

1 | Mir geht es vor allem um die Frage, an welchen Stellen und womit bürgerschaftliches Engagement erschwert wird – und was wir als Politiker tun können, um diese Hindernisse zu beseitigen. Hier habe ich vor allem die Problematik mit dem erweiterten Führungszeugnis im Blick. Wir müssen meiner Meinung nach zu einer Vereinfachung in Form einer Unbedenklichkeitsbescheinigung kommen.

2 | Wer sich freiwillig und unentgeltlich für unsere Gesellschaft engagiert, der sollte durch engagementfreundliche Rahmenbedingungen vom Staat gefördert und nicht durch unnötig viel Bürokratie ausgebremst werden. Ich möchte daher in die Unterausschusssitzungen immer wieder Bürgerinnen und Bürger einladen, die über ihre ehrenamtliche Tätigkeit berichten und uns anhand von ganz konkreten Beispielen aus der Praxis aufzeigen sollen, wo und wie wir als Politik künftig etwas besser machen können.

3 | Wir wissen, wie unverzichtbar der Einsatz der Ehrenamtlichen in vielen Bereichen ist. Gleichwohl darf es nicht sein oder auch nur der Eindruck entstehen, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung weit zurückziehen und die Ehrenamtler allein lassen würde – dem ist nicht so.

„Den wachsenden Anteil der Bürokratie sichtbar machen“



Prof. Dr. Gisela Jakob

Professorin am Fachbereich Soziale Arbeit
der Hochschule Darmstadt

1. Im Fokus der Engagementpolitik des Bundes sollten weniger die einzelnen Engagierten stehen als vielmehr die Förderung ermöglichender Rahmenbedingungen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Unterstützung bundesweit tätiger Netzwerke, die als Interessenvertretung und fachliche Foren für bürgerschaftliches Engagement fungieren. – Keine Forcierung der Monetarisierung! Vorschlägen für eine Erhöhung der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschale ist eine klare Absage zu erteilen. Gleiches gilt für die wieder in die Diskussion gebrachte Idee von Rentenpunkten. Sie würden einer Verregelung des Engagements Vorschub leisten. – Nach wie vor ungelöst ist die lokale Engagementförderung durch den Bund. Weder die dauerhafte Förderung eines einzelnen Einrichtungstyps noch die zeitlich begrenzte Unterstützung einzelner Kommunen sind zufriedenstellende Lösungen. Ob die angekündigte Engagementstiftung dazu beitragen kann, Engagementstrukturen vor Ort zu unterstützen, hängt von ihrem Auftrag, ihrer Konzeption und der Mitwirkung der Zivilgesellschaft ab.

3. Staatliche Engagementpolitik und zivilgesellschaftliches Handeln stehen in einem Spannungsverhältnis. Einerseits sind Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in einem sozialstaatlichen System auf die Unterstützung des Staates und öffentliche Förderung angewiesen. Andererseits zeigt die Praxis staatlicher Engagementpolitik etwa bei der Pflege oder den Freiwilligendiensten, dass das Engagement der Bürger vor allem als Dienstleistung gesehen und gefördert wird. Demgegenüber treten die zivilgesellschaftliche Logik und die Demokratie fördernde Seite des Engagements in den Hintergrund. Hinzu kommt, dass der Einsatz klassischer Instrumente staatlichen Handelns wie Gesetze und Geld für die Zivilgesellschaft kontraproduktiv sein kann. Die personenbezogene Förderung in Form von Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen oder auch den Entgelten im Bundesfreiwilligendienst haben letztendlich die Monetarisierung des Engagements forciert.



Dr. Holger Backhaus-Maul

Leiter des Fachgebiets Recht, Verwaltung und Organisation
am Institut für Pädagogik
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

1 Eine engagementpolitische Agenda der Bundesregierung ist nicht gewollt und folglich auch nicht erwartbar. Vielleicht ist es mittlerweile auch egal, denn die laufende Legislaturperiode könnte kürzer ausfallen als eigentlich vorgesehen. Sollte aber eine engagementpolitische Agenda aus dem Nichts auftauchen, so sollte die zukünftige Bundesregierung Gesellschafts- und Ordnungspolitik, die öffentliche Engagementinfrastruktur als Kernelement kommunaler Daseinsvorsorge sowie die Selbstorganisations- und Selbstbestimmungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen.

2 Bürokratie ist toll – eine gesellschaftliche Errungenschaft! Bürokratie ist – jenseits alltagspopulistischer Annahmen – die Art und Weise, wie Herrschaft in modernen demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften organisiert und kulturell eingeehgt ist: Funktionale Spezifizierung und Arbeitsteilung sowie Schriftlichkeit und Transparenz sind Gütekriterien einer modernen Bürokratie. Bürokratische Organisations- und Verfahrensweisen generieren Effizienz und Effektivität, die auf Seiten von Bürger*innen wiederum Legitimation für Staat und Verwaltung erzeugen. Von einer derart modernen Bürokratisierung des Engagements können Bürger*innen in Deutschland aber nur träumen. Funktionale Spezifizierung, Arbeitsteilung, Schriftlichkeit und Transparenz der Zivilgesellschaft – schön wärs. Und überhaupt: Nach wie vor fehlt es in Staat, Kommunen und Gesellschaft in Deutschland am erklärten engagementpolitischen Willen und der Bereitschaft zur Umverteilung politischer Macht. Engagement ist in Deutschland eben kein integraler Bestandteil von Politik und Verwaltung. Und die Zivilgesellschaft selbst: Sie ist in Deutschland zumeist fragil und ressourcenmäßig prekär ausgestattet ...

3 Die Rolle der Zivilgesellschaft bietet reichlich Stoff zum Träumen. Angesichts des globalen Siegeszuges autoritärer und diktatorischer Staats- und Wirtschaftsformen ist das Plädoyer für eine subsidiäre Gesellschafts- und Ordnungspolitik mit moderner Bürokratie und starker Zivilgesellschaft mittlerweile aber ein merkwürdig defensives und zugleich aber alternativloses Statement, – übrigens sowohl gegenüber den Feinden von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat als auch rein selbstbezüglichen politischen Eliten.



Dr. Rudolf Speth

Politikwissenschaftler, Publizist und Privatdozent
an der Freien Universität Berlin

1 Die engagementpolitische Agenda für die 19. Legislaturperiode sieht dürrtig aus. Die gemeinnützigen Organisationen brauchen mehr frei verwendbare Mittel. Eine Möglichkeit wäre, dass alle Einkommensteuerzahler ein bis zwei Prozent ihrer Steuerschuld gemeinnützigen Organisationen und Stiftungen zukommen lassen können. Notwendig wäre auch, Service Learning stärker zu unterstützen, damit gerade junge Menschen lernen, sich zu engagieren. Dringend notwendig ist auch ein zentrales und öffentlich einsehbares Transparenzregister für gemeinnützige Organisationen.

2 An erster Stelle sollte deutlich werden, wie groß der Bürokratieanteil bei Engagierten ist. Dies könnte durch eine Befragung von Organisationen erreicht werden. Eine Studie von Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) zeigt, dass 80 Prozent der zivilgesellschaftlichen Organisationen ehrenamtlich geführt werden. Viele von ihnen klagen über zunehmende Bürokratisierung. Für Engagement bleibt dann immer weniger Zeit und die Frustration nimmt zu. Den wachsenden Bürokratieanteil sichtbar zu machen, wäre ein erster wichtiger Schritt in Richtung Entbürokratisierung.

3 Auf diese Frage gibt es keine generelle Antwort. Bei politischem Engagement (Protest, Interessenvertretung) kommt es auf die Engagierten selbst an. Bei vielen Themen (AIDS, Umweltschutz) sind Engagierte Pioniere. Auf anderen Gebieten geht es um eine gute Zusammenarbeit, beispielsweise bei den Arbeitsmarktzugängen für Geflüchtete. In den wenigsten Fällen geht es um eine Ergänzung, weil damit ein staatlicher Vorrang einhergeht.